

Zeitschrift: Emanzipation : feministische Zeitschrift für kritische Frauen
Herausgeber: Emanzipation
Band: 8 (1982)
Heft: 1

Artikel: Den Schwangerschaftsabbruch wieder einmal auf die Lange Bank geschoben
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-359662>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DIE BERNER REGIERUNG WEHRT SICH FÜR DIE WÜRDE DER FRAU!

«Schaustellungen weiblicher Personen, die zu blossen Sachen degradiert werden, ist in hohem Masse entwürdigend, widerlich und abstossend.» Dies hält die Berner Regierung in ihrer Antwort auf eine grossrätliche Interpellation «betreffend moderne Formen der Prostitution» fest. «Die Absicht, sexuelle Bedürfnisse anderer in grossem Stile kommerziell auszunützen», heisst es in der regierungsrätlichen Antwort weiter, verletze «die Toleranzgrenze sittlichen Empfindens».

Entsprechend dieser Auffassung hat Berns Regierung bisher sämtliche Gesuche für den Betrieb von Stützli-Sex-Shows im Kanton Bern abgelehnt. Derzeit sind beim Regierungsrat noch zwei Beschwerden in dieser Sache hängig. Nach der jetzt veröffentlichten klaren Stellungnahme haben sie kaum eine Chance.

An der Rathausgasse in der Berner Altstadt hat der Sexgewerblere Werner Stierli jedoch bereits ein Sex-live-Cabaret mit Bühne und Bestuhlung fixfertig eingerichtet: auch in Bern sollen nackte Frauen vor bekleideten Männern tanzen, wenn es nach Stierlis profitabler Rechnung geht. Bisher erhielt der Zürcher Unternehmer jedoch keine Bewilligung für den Betrieb seines Berner Kellerlokals. Stierli hat bereits angedroht, für sein Sex-live-Cabaret bis vor Bundesgericht zu gehen.

Bereits in der letzten Berner Grossrats-session war erklärt worden, beim modernen Sexgeschäft gehe es sehr oft um Sklavenhandel, der gegen die Menschenrechte und die Würde der Frau verstosse.



aus: "Tages-Anzeiger" 14. Jan. 1982

DER HAUSHALT IST FRAUENSACHE

Anlässlich einer Haushaltbefragung 1979/80 wurde die Zeitverwendung der Schweizerinnen und Schweizer für den Haushalt erhoben. Das Bundesamt für Statistik hat nun die entsprechenden Zahlen veröffentlicht.

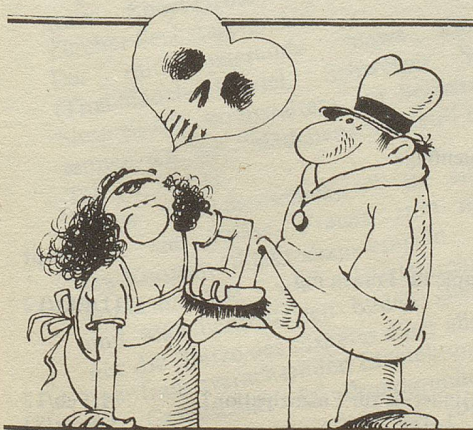
- Fast immer ist es die Frau, die ihren Beruf zugunsten der Familie bzw. der Kinder aufgibt.

- Voll erwerbstätige Frauen arbeiten durchschnittlich 37 Wochenstunden ausserhalb des Haushalts, dazu kommen aber 20 Wochenstunden für den Haushalt. Berufstätige Frauen haben also eine 57-Stunden-Woche!

- Voll erwerbstätige Männer arbeiten durchschnittlich 44 Wochenstunden in ihrem Beruf – und praktisch 0 Stunden im Haushalt.

- Von den Jugendlichen zwischen 14 und 17 Jahren arbeiten die Mädchen beinahe dreimal so lange im Haushalt wie die Jungen.

Diese Zahlen bestätigen also die uns schon lange bekannte Doppelbelastung, sie zeigen aber auch, dass Mütter und Erzieherinnen das ihnen bekannte Rollenverhalten an die Kinder weitergeben.



STÜTZLI-SEX IN BASEL

Während sich Bern und Zürich mit allen Mitteln gegen Gesuche für die Einrichtung einer Peep-Show bzw. gegen schon bestehende Peep-Shows wehren, muss Basel wegen einem entsprechenden Gerichtsurteil nun solche Etablissements zulassen. Aber die zukünftigen Stützli-Sex-Kassierer haben es nicht leicht in Basel. Bereits vor einem Jahr wurde das erste Gesuch eingereicht, zurzeit läuft immer noch das Baubewilligungsverfahren. Das zweite Gesuch stellte ein Hausbesitzer für eine solche Einrichtung im Kleinbasel an der Hammerstr. Zu dieser geplanten Peep-Show wurde im Grossen Rat eine Interpellation eingereicht, zudem haben 201 Bürgerinnen und Bürger eine kollektive Einsprache erhoben. Die Hammerstr. ist nämlich heute noch eine einigermaßen bewohnbare Strasse in der Nähe des Claraplatzes. Dazu kommt, dass in unmittelbarer Nähe zwei Schulhäuser stehen. Nun steht die "Gewerbefreiheit" gegen unerträglichen Nachtverkehr für die Anwohner und das "sittliche Empfinden" der Schülerinnen und Schüler, die täglich an der geplanten Peep-Show vorbeigehen müssen. Wer gewinnt wohl?

DEN SCHWANGERSCHAFTSABBRUCH WIEDER EINMAL AUF DIE LANGE BANK GESCHOBEN

hat vor kurzer Zeit eine Nationalratskommission. Nachdem im März 1981 der Nationalrat eine föderalistische Lösung gutgeheissen hatte, die den Kantonen eine Fristenlösung freistellen wollte, lehnte der Ständerat im September eine föderalistische Lösung ab. Wie üblich trat auch hier bei Uneinigkeit der beiden Räte ein Differenzbereinigungsverfahren in Kraft, mit dem eine Kommission des Nationalrats beauftragt wurde. Diese hat nun ihre Arbeit eingestellt (hat sie sie überhaupt je begonnen?) und wartet auf das Ergebnis der Volksabstimmung "Ja zum Leben"! Anstatt die Diskussion voranzutreiben und mögliche Kompromisse zu suchen, das wäre nämlich die Aufgabe dieser Kommission gewesen, haben die Herrschaften ihre Aktenköfferchen gepackt. Vor der Abstimmung über "Ja zum Leben" wollen sie sich höchstens wieder an die Arbeit machen, wenn "wichtige Gründe" vorliegen. Die unbefriedigende Situation in Sachen Schwangerschaftsabbruch, die vielen tausend illegalen Abtreibungen sind ihnen offensichtlich nicht wichtig genug.